

# Stadtentwicklungskonzept plus

## Pfullingen 2035 startet

VON PETRA SCHÖBEL

**PFULLINGEN.** Der Prozess, an dessen Ende das fertige »Integrierte Stadtentwicklungskonzept plus Pfullingen 2035« (Isek) stehen soll, ist am Dienstagabend vom Gemeinderat offiziell in Gang gesetzt worden. Ende Juli hatte Bürgermeister Michael Schrenk gemeinsam mit den Fachleuten des Büros Reschl aus Stuttgart das Projekt öffentlich vorgestellt (der GEA berichtete). Die Ratssitzung, in der jetzt die verschiedenen Prozess-Phasen vorgestellt wurden, bezeichnete Schrenk als »Kick-off-Veranstaltung« für die künftige Stadtentwicklung. Dabei sollen auch die Bürger ihre Ideen einbringen können.



*Heute eine grüne Stadt, aber wie wird Pfullingen in der Zukunft aussehen? Das soll im Prozess zur integrierten Stadtentwicklung auch mithilfe der Bürger erarbeitet werden. FOTO: Uwe Sautter*

»Wie will Pfullingen sich in Zukunft positionieren?« Diese Frage stehe hinter dem Prozess, mit dessen Hilfe ein Handlungsprogramm für die Gestaltung der Stadt entwickelt werden soll. »Am Ende sollen verschiedene Projekte stehen, die abgearbeitet werden können«, erklärte Philipp König, Projektleiter für Pfullingen vom Büro Reschl.

Im Vorfeld haben König und sein Kollege Adrian Schwake gemeinsam mit Mitarbeitern der Verwaltung bereits die Stadt erkundet und damit die Phase der Analyse des Bestehenden eingeleitet. Folgen soll jetzt eine Bevölkerungsvorausberechnung, aus der die Bedarfe für die Entwicklung verschiedener Infrastrukturbereiche - Struktur, Fläche, Städtebau - sowie der »kommunalen Grundbedürfnisse« - Wohnen, Arbeiten, Kultur und Soziales, Mobilität - abgeleitet werden können.

## Fragebogen an 2 500 Einwohner

Zusätzlich soll in Kürze eine repräsentative Bürgerbefragung beginnen: Rund 2 500 Einwohner der Echazstadt, ausgewählt nach dem Zufallsprinzip, werden einen Fragebogen rund ums Thema Stadtentwicklung erhalten. »Der Fragebogen wird per Post von einer Druckerei verschickt«, erklärte König, der Rücklauf sei anonymisiert. »Weder der Bürgermeister noch die Verwaltung werden wissen, wer befragt wurde.« Das Ergebnis sei dann repräsentativ, auch bezogen auf verschiedene Altersgruppen, betonte König.

Die Erkenntnisse aus der Analyse-Phase sollen dann im nächsten Prozess-Schritt, der Dialogphase I, im Gemeinderat diskutiert werden und in Zielvorstellungen für die Stadtentwicklung münden. Dazu ist im März eine Klausurtagung geplant. Im Anschluss daran wird mit der Dialogphase II die »umfassende Bürgerbeteiligung« gestartet. Damit dann auch erfahrungsgemäß »unterrepräsentierte Gruppen wie die Jugend, Migranten oder Unternehmer« zu Wort kommen können, sollen diese zu eigenen Veranstaltungen oder Expertengesprächen eingeladen werden, machte König deutlich.

Um die Kommunikation zwischen den Stadtplanern des Büros Reschl, der Verwaltung und dem Gemeinderat zu vereinfachen, wird ein Lenkungsausschuss gegründet, der über die vorläufigen Ergebnisse informiert wird, darüber berät und sie in die Ratsfraktionen trägt.

In diesen Lenkungsausschuss werden als Mitglieder aus den Reihen der SPD-Fraktion Walter Fromm und Thomas Mürdter, von der GAL Traude Koch und Malin Hagel, von der UWV Martin Fink und Sven Hagmaier, von der FWV Christine Böhmler und Klaus-Jürgen Michalik sowie von der CDU Felix Mayer und Carolin Abele entsandt.

Gert Klaiber (CDU) hatte zuvor nachgefragt, ob es zu bestimmten Themen Facharbeitsgruppen geben werde, was König verneinte. Klaiber schlug daher vor, den Ausschuss generell mit zwei Vertretern pro Fraktion zu besetzen statt mit einem Delegierten, für den ein Stellvertreter benannt würde. König sah darin kein Problem, auch in der Größe könne noch effektiv gearbeitet werden. Nicht alle Fraktionen waren gleich damit einverstanden. Martin Fink (UWV) machte deutlich, er bevorzuge die Regelung mit einem Vertreter und einem Stellvertreter.

## Kein Hemmnis für Bauprojekte

Walter Fromm (SPD) befürchtete, dass der Stadtentwicklungsprozess sich ungünstig auf bereits begonnene oder in Planung befindliche Bauprojekte auswirken könnte. König konnte ihn beruhigen: »Die Verwaltungs- und Gremienarbeit kann während des Prozesses ganz normal weitergehen.« Allerdings würden bestimmte Themen, wie zum Beispiel Flächenverbrauch, künftig eine größere Rolle spielen. Umgekehrt sollte der Isek-Prozess »nicht als Alibi genommen werden, um bestimmte Projekte zu blockieren«, erklärte er. (GEA)